

Villingen-Schwenningen, 24. Juli 2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roth,

die Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahlen, die Demonstrationen der „Fridays for Future“-Bewegung, die Auseinandersetzung mit dem Thema in Zeitungen, Magazinen, Talkshows und zuletzt das Votum der Wirtschaftsweisen für das Bundeswirtschaftsministerium haben deutlich gemacht, dass die globale Erwärmung ein Überlebenssthema für die Menschheit ist. Im SPIEGEL kommentiert das Christian Stöcker mit den Worten:

„Die Klimakrise: Hier ist wirklich schnelles Handeln geboten, national wie international. Der Menschheit läuft die Zeit davon. (...) Wenn wir so weitermachen, ist es in London im Jahr 2050 so heiß - und so trocken - wie in Barcelona, in Madrid so wie in Marrakesch. Und das ist das beunruhigendste Ergebnis dieser in der zurückliegenden Woche erschienenen Studie der ETH Zürich: "22 Prozent (der Großstädte) werden sich zu klimatischen Bedingungen hin verschieben, die derzeit in keiner großen Stadt auf dem Planeten herrschen." Zu dieser Gruppe gehören gigantische Städte wie Peking, Jakarta, Seoul, Rangun und Kuala Lumpur. Was passiert, wenn diese Städte unbewohnbar werden, durch Hitzewellen und Flutkatastrophen?“

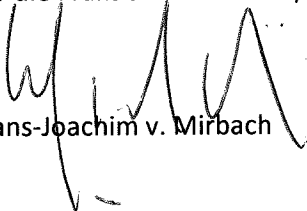
(<https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/gutachten-zur-co2-steuer-es-gibt-jetzt-keine-ausreden-mehr-a-1277096.html>, 15.07.2019 11:49:49)

In diesen Tagen wurde von der Energie- und Verkehrswende in Stuttgart berichtet und von Initiativen, die in Köln ergriffen werden. Zig Städte in Deutschland haben sich dem Beispiel von Konstanz angeschlossen und den „Klimanotstand“ erklärt, woraus sie die Verpflichtung ableiten, alle zukünftigen Entscheidungen auf ihre Auswirkungen auf das Klima hin zu prüfen.

Wir wissen, dass vielen das Wort „Klimanotstand“ nicht gefällt, jedoch wurde es mit Bedacht so formuliert, denn es weist damit höchst dringlich auf eine Handlungsnotwendigkeit hin. Und wenn der Weltklimarat und Tausende Wissenschaftler von „Scientists for Future“ Recht haben, dann bewegen wir uns mit atemberaubender Geschwindigkeit auf einen Klimakippunkt zu, der eine bisher angenommene Beherrschung der globalen Erwärmung unmöglich macht.

Wir beantragen deshalb, das Thema auf die Tagesordnung der ersten Sitzung nach der Sommerpause zu setzen und die beiliegende Resolution dem Gemeinderat zur Abstimmung vorzulegen.

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



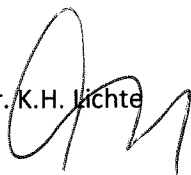
Hans-Joachim v. Mirbach

für die SPD-Fraktion



Edgar Schurr

Dr. K.H. Lichte



Ulrike Heggen



Steffen Ettwein



Resolution zum Klimanotstand

Der Gemeinderat von Villingen-Schwenningen

1. erkennt, dass menschliche Aktivitäten etwa 1,0° C globale Erwärmung gegenüber vorindustriellem Niveau verursacht haben. Die globale Erwärmung erreicht laut Weltklimarat (ipcc 2018) den problematischen Wert von +1,5° C wahrscheinlich zwischen 2030 und 2052, wenn sie mit der aktuellen Geschwindigkeit zunimmt. Bisherige Maßnahmen und Planungen auf globaler, nationaler und lokaler Ebene reichen nicht aus, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
2. erklärt deshalb den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
3. berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen, und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Hierzu soll für sämtliche Beschlussvorlagen ab Herbst 2019 das Kästchen „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ mit den Auswahlmöglichkeiten „Ja, positiv“, „Ja, negativ“ und „Nein“ verpflichtender Bestandteil werden. Wird die Frage mit „Ja, positiv“ oder „Ja, negativ“ beantwortet, muss die jeweilige Auswirkung in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle für Umweltentwicklung und nachhaltige Planung in der Begründung dargestellt werden.
4. fordert den Oberbürgermeister auf, die personellen und administrativen Ressourcen so zu organisieren, dass die Verwaltung in die Lage versetzt wird, dem Klimaschutz die ihm gebührende Aufmerksamkeit schenken zu können und dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.
5. fordert den Oberbürgermeister weiter auf, in den Bereichen klimaneutraler Baustoffe und Energieversorgung von Neubauten, Mobilitätsmanagement für die Gesamtstadt, Energiemanagement für städtische Gebäude und Erhöhung der Sanierungsrate im Stadtgebiet neue Initiativen zu entwickeln und Projekte auf den Weg zu bringen, die den Klimaschutz in unserer Stadt ernst nehmen.
6. stellt fest, dass Klimaschutz nicht nur eine lokale Aufgabe ist und fordert deshalb auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, dem Konstanzer Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere macht er Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO₂-Bepreisung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik und eine klimaschutzkonforme Förderung des (sozialen) Wohnungsbaus würden hier das dringend benötigte Fundament legen.
7. fordert auch die städtischen Beteiligungen dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und dem Gemeinderat dazu vor Jahresende Bericht zu erstatten.